

GEMEINDE SCHÖNBECK

Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck

STELLUNGNAHMEN DER VON DER PLANUNG BERÜHRTEN BEHÖRDEN,
DER SONSTIGEN TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE
nach § 4 Abs. 2 BauGB

STELLUNGNAHMEN DER ÖFFENTLICHKEIT
nach § 3 Abs. 2 BauGB

ABSTIMMUNG MIT DEN NACHBARGEMEINDEN
Nach § 2 Abs. 2 BauGB

BESCHLUSSVORSCHLAG ÜBER DIE ABWÄGUNG
nach § 1 Abs. 7 BauGB

Beratungsstand:
Gemeindevertretung vom

Aufgestellt:
Woldegk / Neubrandenburg, den 30.08.2023

Gemeinde Schönbeck					
Amt Woldegk	Bau-/Ordnungsamt	Karl-Liebknecht-Platz 1	17348 Woldegk	Tel.: 03963-256517	Fax: 03963-256535
In Zusammenarbeit mit					
Planungsbüro Trautmann	Walwanusstraße 26	17033 Neubranden- burg	info@planungsbuero- trautmann.de	Tel.: 0395-5824051	Fax.: 0395-36945948

Folgende von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange waren nach § 4 Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert:

I.	Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange	Schreiben vom	Eine Stellungnahme liegt nach Ablauf der gesetzlichen Frist nicht vor
1.	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte	02.11.2021	Fristverlängerung bis 21.10.2021
2.	Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte	09.09.2021	
3.	Landesamt für Kultur und Denkmalpflege M-V		x
4.	Bergamt	19.08.2021	
5.	Deutsche Telekom Technik GmbH		x
6.	Zweckverband für Wasser- und Abwasserentsorgung Strasburg		x
7.	Wasser- und Bodenverband „Landgraben“		x
8.	Straßenbauamt Neustrelitz	25.08.2021	
9.	Landesamt für innere Verwaltung M-V	18.08.2021	
10.	Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V		x
11.	Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt Neubrandenburg	07.10.2021	
12.	Landesforst M-V	24.09.2021 09.11.2021	
13.	Kirchenkreisverwaltung		x
14.	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben		x
15.	E.DIS Netz GmbH	13.08.2021	
16.	50Hertz Transmission GmbH	06.08.2021	
17.	Industrie- und Handelskammer	20.09.2021	
18.	Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern		x
19.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr	08.08.2021	
20.	Vodafone Kabel Deutschland GmbH	14.09.2021	
21.	PCK /BIL	24.08.2021	
22.	GDMcom GmbH		x
23.	BVVG Bodenverwaltungs- und -verwertungs GmbH	13.08.2021	
	Amt für Raumordnung und Landesplanung Mecklenburgische Seenplatte	13.08.2021	

Nachbargemeinden:			
1.	Stadt Friedland		
2.	Gemeinde Galenbeck		
3.	Gemeinde Schönhausen	09.08.2021	nicht berührt
4.	Gemeinde Voigtsdorf	09.08.2021	nicht berührt
5.	Gemeinde Groß Miltzow	09.08.2021	nicht berührt
6.	Gemeinde Kublank	09.08.2021	nicht berührt

Während der Auslegung vom 06.09.2021 bis 06.10.2021 sind keine Stellungnahmen eingegangen.		
1.		
2.		

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte Der Landrat



Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Postanschrift: PF 110264, 17042 Neubrandenburg

Gemeinde Schönbeck
über Amt Woldegk
Karl-Liebnecht-Platz 1
17349 Woldegk

Regionalstandort /Amt /SG
Waren (Müritz) /Bauamt /Kreisplanung

Auskunft erteilt: Cindy Schulz

E-Mail: cindy.schulz@lk-seenplatte.de

Zimmer:

Vorwahl

Durchwahl

3.32

0395

57087-2453

Fax: 0395 57087 65965

Internet: www.lk-mecklenburgische-seenplatte.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Datum

4032/2021-502

02. November 2021

Klarstellungs- und Ergänzungssatzung für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Schönbeck der Gemeinde Schönbeck

hier: Stellungnahme des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte als Träger öffentlicher Belange gemäß § 13 BauGB i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Schönbeck hat die Aufstellung der **Klarstellungs –und Ergänzungssatzung** für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Schönbeck beschlossen. Der hierzu erarbeitete Entwurf wurde gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Mit Schreiben des von der Gemeinde zur Vorbereitung und Durchführung von Verfahrensschritten nach den §§ 2a bis 4a BauGB bevollmächtigten Planungsbüro Trautmann vom 06. August 2021 ist der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte im Rahmen der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Zu dem mir vorliegenden Entwurf der o. g. Innenbereichssatzung, bestehend aus Teil A – Planzeichnung, Teil B – Text sowie der Begründung (Stand: Juni 2021) nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

I. Allgemeines/ Grundsätzliches

1. Die Gemeinde kann durch Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB (sog. Innenbereichssatzungen) den im Zusammenhang bebauten Ortsteil festlegen, soweit die entsprechenden Anwendungsvoraussetzungen vorliegen.

Insoweit hat die Gemeinde Schönbeck beschlossen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Gemeindehauptort Schönbeck eine Innenbereichssatzung aufzustellen um den Innenbereich klar abzugrenzen und darüber hinaus einzelne Außenbereichsflächen für eine künftige Wohnbebauung mit in den Innenbereich einzubeziehen.

Besucheradressen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Zum Amtsbrink 2

17192 Waren (Müritz)

Telefon: 0395 57087-0

Fax: 0395 57087-65908

IBAN: DE 5715 0501 0006 4004 8900

BIC: NOLADE 21 WRN

Regionalstandort Demmin

Adolf-Pompe-Straße 12-15

17109 Demmin

Regionalstandort Neustrelitz

Woldegker Chaussee 35

17235 Neustrelitz

Regionalstandort Neubrandenburg

Platanenstraße 43

17033 Neubrandenburg

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellung, Ausführungen und Hinweise des **Landkreises Mecklenburgische Seenplatte** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen und in die Planung eingestellt.

2. Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen (**Anpassungspflicht** nach § 1 Abs. 4 BauGB).

Eine landesplanerische Stellungnahme vom 13. August 2021 liegt mir vor. Danach sind die zu o. g. Innenbereichssatzung erarbeiteten Planunterlagen in Bezug auf die Vereinbarkeit mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung nicht prüffähig.

In diesem Zusammenhang weise ich vorsorglich darauf hin, dass der Gemeinde die weitere Planung ohne landesplanerische Zustimmung verwehrt bleibt. Ein dennoch gefasster Satzungsbeschluss würde im Ergebnis zur Unwirksamkeit der o. g. Satzung führen.

3. Zu den vorliegenden Planunterlagen möchte ich im Hinblick auf das weitere Aufstellungsverfahren zu o. g. Bebauungsplan auf folgende grundsätzliche planungsrechtliche Aspekte aufmerksam machen.

- 3.1. Die Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB können grundsätzlich miteinander verbunden werden. Von dieser Möglichkeit macht die Gemeinde im vorliegenden Fall Gebrauch; sie kombiniert insoweit die **Klarstellungs- (Nr. 1) mit der Ergänzungssatzung (Nr. 3)**.
Im konkreten Fall werden hier also zwei Satzungstypen miteinander kombiniert.

Für die Ortslage Schönbeck sollen insoweit nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB klarstellend die Grenzen der (vorhandenen) im Zusammenhang bebauten Bereiche festgelegt und darüber hinaus in Kombination mit einer Satzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB die Einbeziehung einzelner Außenbereichsflächen in die im Zusammenhang bebauten Bereiche vorgenommen werden.

Die Festlegung (Klarstellung) und Ergänzung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils durch Satzung dient dazu, die planungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben eindeutig ermitteln zu können.
Ziel der Satzung ist es somit Rechtssicherheit und Rechtsklarheit über den im Zusammenhang bebauten Bereich zu erhalten.

- 3.2. Voraussetzung für den Erlass der **Klarstellungssatzung** ist zunächst, dass ein Ortsteil überhaupt vorhanden ist. Die Grenzen der Satzung ergeben sich aus dem Bebauungszusammenhang.
Die Satzung hat also insoweit Klarstellungscharakter, als sie daran gebunden ist, die Grenzen eines vorhandenen, im Zusammenhang bebauten Ortsteiles festzulegen. Sie ist hinsichtlich der Grenzen an den aktuell tatsächlich vorhandenen Innenbereich gebunden.

Der Ausgrenzung des im vorliegenden Entwurf der o. g. Satzung festgesetzten klargestellten Bereiches kann überwiegend gefolgt werden. Die durch die Agrargenossenschaft genutzten Flächen nordwestlich der Ergänzungsfläche Nr. 5 sowie die Flurstücke 81/2 und 81/5 stellen planungsrechtlich keinen klargestellten Bereich dar.

- 3.3. Der Satzungstyp nach Nr. 3 (**Ergänzungssatzung**) ermöglicht die Einbeziehung einzelner Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil, wenn die einbezogenen Flächen durch die bauliche Nutzung der angrenzenden Flächen geprägt sind. Für die

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde wird die geforderten Untersuchungen zu den potenziellen Wohnbauflächen vorlegen, um zu einer wirksamen Satzung zu gelangen.

Dem wird gefolgt.

Einbeziehung von Flächen reicht es nicht alleine aus, dass diese an den Innenbereich grenzen.

Darauf hinweisen möchte ich, dass für die Einbeziehung von Außenbereichsflächen es nicht alleine ausreicht, dass diese an den Innenbereich grenzen. Die angrenzende Bebauung muss für die einzubeziehenden Flächen einen städtebaulichen Rahmen bilden. Erforderlich ist also, dass die einzubeziehenden Flächen durch die umgebende und angrenzende Bebauung in einer Weise **hinreichend geprägt** sind, dass daraus die Zulässigkeitsmerkmale nach § 34 Abs. 1 und 2 BauGB entnommen werden können.

Es muss mithin die Zulässigkeit eindeutig erkennbar sein; die zulässige Nutzung muss sich nach der umgebenden vorhandenen Bebauung bestimmen lassen. Das heißt, das, was tatsächlich vorhanden ist, gibt den Rahmen für die Bebauung ab.

Bezogen auf die **Ergänzungsfläche Nr. 6** ist festzustellen, dass dieser Bereich nicht den Anforderungen einer hinreichenden Prägung entspricht. Sie ist insofern zu **streichen**.

Im Hinblick auf eine mögliche Bebauung auf der **Ergänzungsfläche Nr. 2** mache ich vorsorglich darauf aufmerksam, dass eine hinreichende Prägung für eine künftige Wohnbebauung hier **kritisch** gesehen wird, da auf den umliegenden Grundstücken nicht ausschließlich Wohnbebauung vorhanden ist, sondern hauptsächlich auf Gemeinbedarfsbauungen.

Ebenso ist auf Grund der in der näheren Umgebung vorhandenen landwirtschaftlichen Nutzung eine hinreichende Prägung hinsichtlich einer Wohnbebauung auf der **Ergänzungsfläche Nr. 5** nicht gegeben.

- 3.4. Weiterhin muss die Satzung nach § 34 Abs. 5 Satz 1 BauGB mit einer geordneten **städtebaulichen Entwicklung** vereinbar sein. Insbesondere müssen die Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gewahrt bleiben; das Ortsbild darf nicht beeinträchtigt werden.

Ferner darf die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht nicht begründet sein.

Darüber hinaus dürfen keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b BauGB genannten Schutzgüter oder dafür bestehen, dass bei der Planung Pflichten zur Vermeidung oder Begrenzung der Auswirkungen von schweren Unfällen nach § 50 Satz 1 BImSchG zu beachten sind.

Die Gemeinde hat sich im Rahmen der Aufstellung der o. g. Innenbereichssatzung mit den genannten Voraussetzungen des § 34 Abs. 5 BauGB nicht hinreichend auseinandergesetzt. Die Begründung bedarf entsprechend noch einer Qualifizierung.

- 3.5. Nach § 34 Abs. 5 Satz 2 BauGB können u. a. in Satzungen nach Abs. 4 Nr. 3 (Einbeziehungs- bzw. Ergänzungssatzung), also **ausschließlich für die Ergänzungsflächen, einzelne Festsetzungen** nach § 9 Abs. 1 und 3 Satz 1 sowie Abs. 4 getroffen werden. Die Beschränkung auf einzelne Festsetzungen beinhaltet dabei, dass keine umfassende Regelung der zulässigen Bebauung wie in einem qualifizierten Bebauungsplan getroffen werden sollen.

Dem wird gefolgt.

Dies ist Abhängigkeit von dem nachgewiesenen Bedarf zu prüfen.

Dem wird gefolgt.

Die Gemeinde hat sich in der Begründung des Entwurfes unter 5. Planungsrecht und Bindungen für die Planung damit auseinandergesetzt.

Die Gemeinde wird die Grünflächen, Wasserflächen und Gemeinbedarfseinrichtungen aus der Planzeichnung entfernen.

Ggf. wäre die Aufnahme örtlicher Bauvorschriften zu überlegen, was noch geprüft werden sollte.

- 3.6. Die Zulässigkeit eines in der o. g. Innenbereichssatzung festgesetzten **Ergänzungsbe-reiches** beabsichtigten Bauvorhabens bestimmt sich im Weiteren nach § 34 Abs. 1 und 2 BauGB.

Danach ist ein Bauvorhaben innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils zu-lässig, wenn es sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise und der Grundstücksfläche, die überbaut werden soll, in die Eigenart der näheren Umgebung ein-fügt und die Erschließung gesichert ist.

- 3.7. Ein nach BauGB festgesetzter **Geltungsbereich** umfasst alle für die Planung zur Diskus-sion stehenden Flächen. Regelmäßig wird bei einer Klarstellungs- und Ergänzungssat-zung zwischen klargestellten und ergänzten Bereichen unterschieden. Dennoch sind sie alle Bestandteil des Satzungsgebietes.
Insofern ist die Festsetzung des Geltungsbereiches für die o. g. Satzung **rechtseindeutig festzusetzen**.

Im Übrigen sind die Rechtsgrundlagen für den klargestellten sowie für die ergänzten Be-reiche ergänzend zu berichten.

II. Bedenken, Anregungen und Hinweise

1. Aus naturschutzrechtlicher und –fachlicher Sicht wird zu vorliegendem Entwurf der o. g. Satzung wie folgt Stellung genommen.

Eingriffsregelung

Die Umsetzung der vorgesehenen Baumaßnahmen in den ergänzten Flächen ist mit Eingriffen in Natur und Landschaft gemäß § 12 NatSchAG M-V verbunden. Entsprechend § 15 Abs. 1 BNatSchG sind vermeidbare Eingriffe zu unterlassen bzw. unvermeidbare Eingriffe gemäß § 15 Abs.2 BNatSchG durch entsprechende Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu kompensieren.

In der vorgelegten Eingriffs-/ Ausgleichsbewertung wurden die unvermeidbaren Eingriffe erfasst und entsprechend der „Hinweise zur Eingriffsregelung 2018“ bewertet. Der dabei ermittelte Kompensationsbedarf kann bestätigt werden.

Die hier erforderliche Kompensation hat grundsätzlich im unmittelbaren Umfeld des Eingriffs zu erfolgen. Es sind daher grundsätzlich als Erstes geeignete Ausgleichsmaßnahmen im unmittelbaren Umfeld der Eingriffsorte zu prüfen. Erst wenn eine Umsetzung aus zwingenden und nachvollziehbaren Gründen ortsnahe nicht möglich ist, wäre die Nutzung eines geeigneten Öko-kontos in Betracht zu ziehen. Im vorliegenden Fall wurde dieser Sachverhalt nicht geprüft, son-derm sofort die Nutzung eines Ökokontos weit entfernt vom Eingriffsort bestimmt.

Die Nutzung dieses **Ökokontos** kann daher auch aus artenschutzrechtlichen Gründen **nicht zugestimmt** werden. Es ist hier insbesondere zu prüfen, ob der Verlust des Grünlandes durch Umwandlung von Ackerfläche in Grünland im unmittelbaren Umfeld des Ortes zu kompensieren ist.

Dem wird gefolgt.

Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass die Ergebnisse der Ein-griffs- Ausgleichsbilanzierungen bestätigt werden.

Der Gemeinde wurden in der EAB mehrere Möglichkeiten der Kompensation aufgezeigt. Nach Prüfung der Gemeinde stehen keine Flächen für Kompensationsmaßnahmen im Umfeld zur Ver-fügung. Aus artenschutzrechtlicher Sicht ergeht nicht die Notwen-digkeit einer Kompensation des Eingriffes im unmittelbaren Um-feld der Vorhaben in Form von Umwandlung von Acker in Grün-land. Zur Kompensation des Eingriffs wurde in der entsprechen-ten Landschaftszone in „Rückland der Mecklenburgischen Seen-platte“ 18,5 km östlich ein geeignetes Ökokonto „Umwandlung von Acker in Extensivgrünland“ gewählt, dessen Ziel den vom Ein-griff betroffenen Flächen entspricht.

Schutzgebiete

Schutzgebiete (hier: NATURA 2000, Geschützte Biotope) werden durch die Ergänzungsflächen nicht unmittelbar berührt. Es sind jedoch im Rahmen der konkreten Bauplanungen die erforderlichen Mindestabstände zu diesen Biotopen insbesondere zum anliegenden Mühlenbach zu beachten.

Artenschutz

Die vorliegenden Unterlagen enthalten keine Hinweise auf das Vorkommen und eine mögliche Betroffenheit von geschützten Arten gemäß Anhang IV FFH-Richtlinie oder europäischen Vogelarten bei Umsetzung der Baumaßnahmen auf den Ergänzungsflächen. Nur andeutungsweise wurde in der E/A-Bilanzierung die Beeinträchtigung des im Ort vorkommenden Weißstorchbrutpaares erwähnt. Gerade diese Art würde durch den Wegfall von Grünlandflächen, die zwingend zur Nahrungsaufnahme benötigt werden, erheblich beeinträchtigt. Somit wäre alleine für diese Art der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 Ziffer 2 BNatSchG erfüllt.

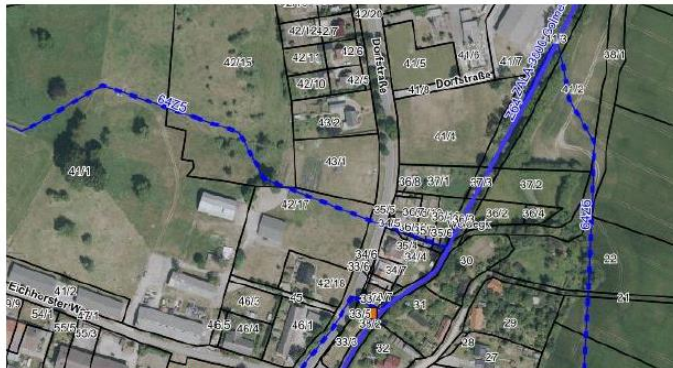
Damit stehen der Umsetzung der durch die o. g. Satzung geplanten Bebauungen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände und folglich zwingende Vollzugshindernisse entgegen. In wie weit auch andere geschützte Tier- und Pflanzenarten durch den Wegfall von Grünlandflächen betroffen sind, kann aus den vorgelegten Unterlagen nicht erkannt werden. Daher ist es zwingend erforderlich, im Rahmen eines **artenschutzrechtlichen Fachbeitrages** die Auswirkungen auf die gesetzlich geschützten Arten darzulegen. Aus den Ergebnissen dieser Untersuchungen sind auch geeignete Ersatzmaßnahmen zu schlussfolgern. Diese können auch (s. o.) mit den erforderlichen Kompensationsmaßnahmen kombiniert werden.

2. Von Seiten der unteren Wasserbehörde werden zum vorliegenden Entwurf der o. g. Satzung folgende **BEDENKEN** geäußert.

Oberflächengewässer

Über die Teilbereiche 3, 5 und 6 des Plangebietes verlaufen **Gewässer zweiter Ordnung**:
Rohrleitung 64Z5,
Rohrleitung 64Z13 und
Graben/Rohrleitung 64Z7.

Näherungsweise sind die Gewässerverläufe in den folgenden Luftbildern dargestellt.



Rohrleitung 64Z5 (Teilbereich 3)

Im 200-m-Umkreis der Flächen 1 und 2 sind 2 bis 3 gesetzlich geschützte Biotope vorhanden. Diese werden von den Wirkungen des Vorhabens nicht erreicht. Eine Funktionsbeeinträchtigung umliegender Biotope wird nicht hervorgerufen. Das nächstgelegene NATURA-2000-Gebiet befindet sich mindestens 1,5 km entfernt.

Ein Artenschutzfachbeitrag wurde erstellt.

Der Rohrleitungsverlauf weicht von dem nach GAIA M-V ab. Die Gemeinde wird den vermuteten Verlauf der Rohrleitung ändern.



Rohrleitung 64Z13 (Teilbereich 5)



warten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist.

Die betreffenden Flurstücke bieten somit keine Voraussetzungen für eine mögliche Bebauung.

Der Wasser- und Bodenverband „Landgraben“ ist gemäß § 63 LWaG M-V i. V. mit § 40 WHG Unterhaltungspflichtiger für dieses Gewässer.

Der genaue Verlauf der Gewässer ist mit dem genannten Wasser- und Bodenverband (Ansprechpartnerin Frau Kalinin, 0171-1739600, 039601-21405) zu prüfen.

Die Planungsunterlagen sind zu überarbeiten und der unteren Wasserbehörde zur abschließenden Stellungnahme erneut vorzulegen.

Erhöhen sich die Kosten der Unterhaltung, weil ein Grundstück in seinem Bestand besonders gesichert werden muss, so hat der Eigentümer des Grundstückes oder der Anlage gemäß § 65 LWaG M-V dem Unterhaltungspflichtigen die Mehrkosten zu ersetzen.

Für die **Niederschlagswasser**beseitigung durch Ableitung oder Versickerung sind folgende allgemeine Bestimmungen zu beachten:

Das von bebauten oder künstlich befestigten Flächen abfließende Niederschlagswasser ist entsprechend § 54 des WHG als Abwasser einzustufen.

Auf der Grundlage des § 55 Abs. 2 WHG sollte unbelastetes Niederschlagswasser ortsnahe versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche oder sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen.

Die Beseitigungs- und Überlassungspflicht entfällt für Niederschlagswasser, wenn dieses verwertet oder versickert wird.

Ungefasstes und nicht belastetes Niederschlagswasser, welches unmittelbar am Ort des Anfalls großflächig versickert, ist kein Gewässernutzungsstatbestand und damit nicht erlaubnispflichtig. Zu beachten sind aber auch in diesen Fällen die topografischen Gegebenheiten und die Gefahr eines oberflächigen Abflusses.

Für die Ableitung des unbelasteten Niederschlagswassers über eine Versickerungsanlage (Rigole, Schacht usw.) in das Grundwasser oder in ein Oberflächengewässer ist ein Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis bei der unteren Wasserbehörde des Landkreises Mecklenburgische-Seenplatte zustellen. Die Sickerleistung ist mit einem Gutachten nachzuweisen.

Mit der Klarstellungs- und Abrundungssatzung sollte die Entsorgung des unbelasteten Niederschlagswassers unter Beachtung der Versickerungsfähigkeit des Bodens geregelt werden. Sollte die Gemeinde eine genehmigungsfreie Versickerung gemäß § 32 Abs. 4 LWaG M-V gestatten, ist dafür außerhalb von Wasserschutzgebieten keine wasserbehördliche Erlaubnis erforderlich.

3. Seitens der unteren Bodenschutz-/ Abfallbehörde werden folgende grundsätzliche Hinweise gegeben.

Der Wasser- und Bodenverband war beteiligt; eine Stellungnahme liegt nicht vor.

Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass auf versiegelten Flächen anfallendes Niederschlagswasser lt. WHG als Abwasser eingestuft wird.

Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass lt. WHG unbelastetes Niederschlagswasser ortsnahe versickert, verrieselt oder in- /direkt ohne Vermischung mit Schutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden sollte wenn dem keine Belange wasserrechtlicher, öffentlicher oder wasserwirtschaftlicher Art entgegenstehen.

Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass für Niederschlagswasser, welches verwertet oder versickert wird, die Beseitigungs- und Überlassungspflicht entfällt.

Die Gemeinde nimmt zur Kenntnis, dass die Versickerung von Niederschlagswasser am Ort des Anfalls, nicht erlaubnispflichtig ist, dass aber Abflussrichtung und Versickerungsfähigkeit des Bodens zu beachten sind.

Wenn Versickerungsanlagen erforderlich sind, wird im Zuge des Bauantrages ein Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis gestellt.

Die fachtechnischen Hinweise werden zur Kenntnis genommen und als Hinweis in die Begründung eingestellt.

Die Verwertung bzw. Beseitigung von Abfällen hat entsprechend den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) und des Abfallwirtschaftsgesetzes (AbfWG M-V) und der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen zu erfolgen.

Nach § 4 Abs. 1 Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG) hat jeder, der auf den Boden einwirkt, sich so zu verhalten, dass keine schädlichen Bodenveränderungen hervorgerufen und somit die Vorschriften dieses Gesetzes eingehalten werden. Die Zielsetzungen und Grundsätze des BBodSchG und des Landesbodenschutzgesetzes sind zu berücksichtigen. Insbesondere bei bodenschädigenden Prozessen wie z. B. Bodenverdichtungen, Stoffeinträgen ist Vorsorge gegen das Entstehen von schädlichen Bodenveränderungen zu treffen. Bodenverdichtungen, Bodenvernässungen und Bodenverunreinigungen sind zu vermeiden. Das Bodengefüge bzw. wichtige Bodenfunktionen sind bei einem möglichst geringen Flächenverbrauch zu erhalten.

Falls bei Erdarbeiten Anzeichen von schädlichen Bodenveränderungen (z. B. abartiger Geruch, anormale Färbung, Austritt verunreinigter Flüssigkeiten, Reste alter Ablagerungen) auftreten, ist das Umweltamt des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte umgehend zu informieren.

Soweit im Rahmen von Baumaßnahmen Überschussböden anfallen bzw. Bodenmaterial auf dem Grundstück auf- oder eingebracht werden soll, haben die nach § 7 BBodSchG Pflichtigen Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen zu treffen, die standorttypischen Gegebenheiten sind hierbei zu berücksichtigen. Die Forderungen der §§ 10 bis 12 Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) sind zu beachten. Auf die Einhaltung der Anforderungen der DIN 19731 (Verwertung von Bodenmaterial 5/1998) wird besonders hingewiesen.

4. Seitens der unteren Denkmalschutzbehörde wird angemerkt, dass die folgenden im in der Anlage beigefügten Kartenauszug mit der Farbe Blau gekennzeichneten **Bodendenkmale** gemäß § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich zu übernehmen sind.

- Fundplatz 31, Gemarkung Schönbeck – Gutshof, frühe Neuzeit,

Der Punkt 8.1 'Bodendenkmale' in der Begründung ist insoweit wie folgt zu ändern und nachrichtlich zu korrigieren:
Im Geltungsbereich ist ein Bodendenkmal bekannt.

Wenn während Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG M-V die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

5. Seitens der unteren Verkehrsbehörde wird darauf hingewiesen, dass bei Baumaßnahmen der Veranlasser verpflichtet ist, solche Technologien anzuwenden, mit denen für den Verkehrsablauf die günstigste Lösung erzielt wird. Eine Gewährleistung des Anliegerverkehrs und der Rettungsfahrzeuge müssen gegeben sein.

Der Verkehrsablauf und die Sicherheit im Straßenverkehr besitzen gegenüber den Baumaßnahmen, die zur Einschränkung bzw. zeitweiligen Aufhebung der öffentlichen Nutzung von Straßen führen, den Vorrang. Die Grundsätze sind bereits in der Phase der Vorbereitung der Baumaßnahme zu beachten.

Dem wird gefolgt.

Die fachtechnischen Hinweise werden zur Kenntnis genommen und als Hinweis in die Begründung eingestellt.

Alle Baumaßnahmen bzw. Beeinträchtigungen, die den Straßenkörper mit seinen Nebenanlagen betreffen, sind mit dem zuständigen Straßenbaulastträger abzustimmen.

Für eine notwendige Verkehrsraumeinschränkung ist zwei Wochen vor Beginn der Bauphase eine verkehrsrechtliche Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 StVO beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Straßenverkehrsbehörde, Adolf-Pompe-Straße 12-15, 17109 Demmin, einzuholen.

6. Aus Sicht des bautechnischen Brandschutzes wird aus die Sicherung der Löschwasserversorgung als eine Pflichtaufgabe der Gemeinde aufmerksam gemacht. Die Nutzung offener Gewässer sollte mit Saugstellen analog DIN 14210 geschehen. Bei Überschreitung des Löschbereiches von 300 m sind mit entsprechende Maßnahmen wie zusätzliche Ausrüstung der Feuerwehr zu kompensieren.

Die Begründung ist um entsprechende Aussagen zum abwehrenden Brandschutz zu ergänzen.

7. Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht sowie von Seiten des Gesundheitsamtes und des Kataster- und Vermessungsamtes gibt es keine weiteren Hinweise zu o. g. Innenbereichssatzung der Gemeinde Schönbeck.

III. Sonstiges

- Baugebiete werden mit o. g. Satzung nicht festgesetzt, so dass die Rechtsgrundlage des § 1 Abs. 1 Nr. 4 BauNVO nicht richtig ist.

Im Auftrag

gez.
Cindy Schulz
SB Bauleitplanung

Anlage

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Dem wird gefolgt.

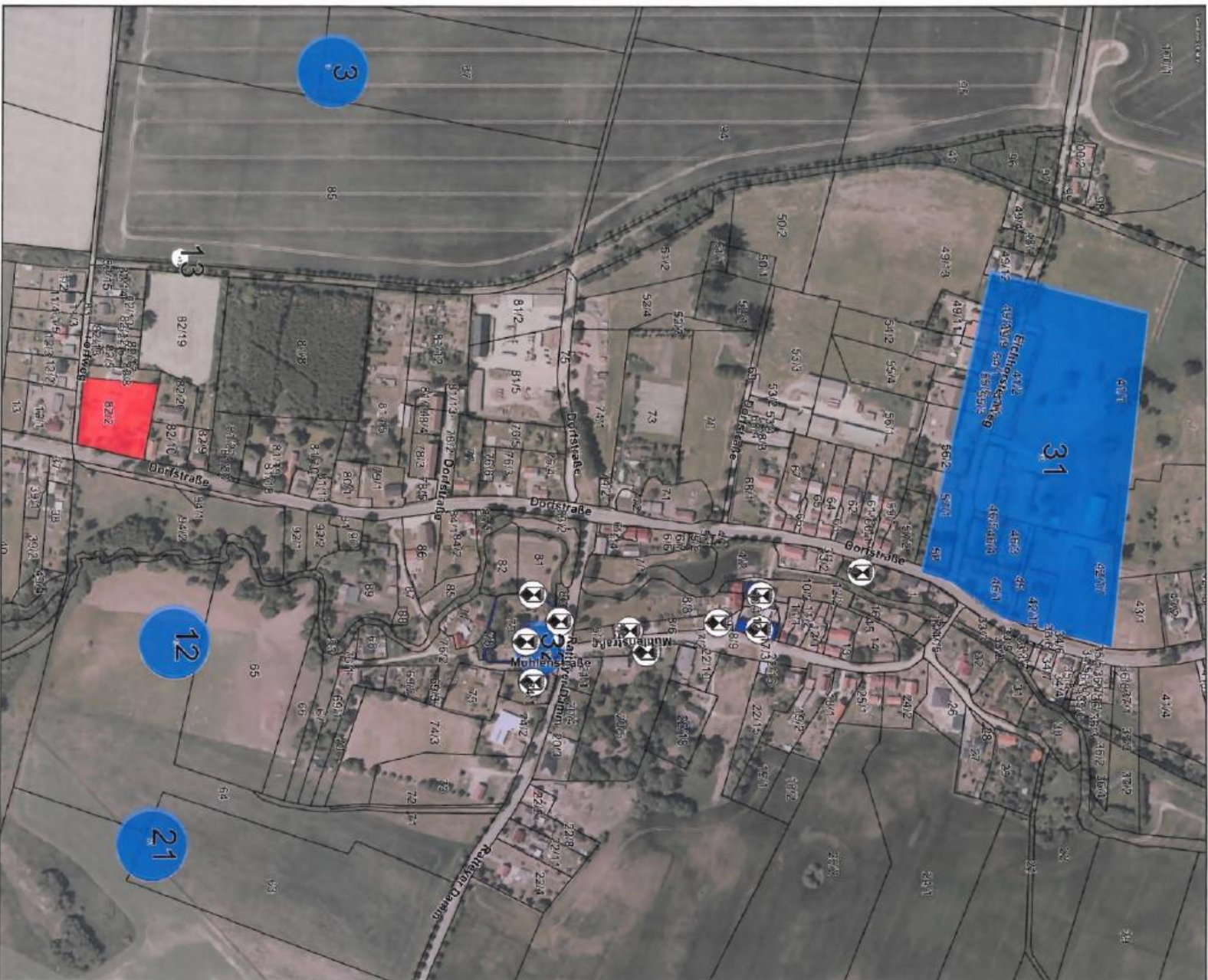


Kartenauszug - Geoportal
(kein amtlicher Auszug)
Schönbeck (134339)
Flur: 5
Maßstab: ca. 1: 5000
Datum: 30.08.2021

A2: 403212021-502

Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
Geobasisdaten: © Geobasis-DEM-V 2013
Geodaten: © Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Diese Karte ist urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen sind nur mit Genehmigung des Herausgebers zulässig. Als Vervielfältigung auch von Teilen- gelten z.B. Nachdruck, Fotokopie, Mikroverfilmung, Digitalisierung, Scannen sowie Abstrichung.



**Staatliches Amt
für Landwirtschaft und Umwelt
Mecklenburgische Seenplatte**



StALU Mecklenburgische Seenplatte
Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

Planungsbüro Trautmann
Walwanusstraße 26
17033 Neubrandenburg

Telefon: 0395 380 69-153
Telefax: 0395 380 69-160
E-Mail: poststelle@stalums.mv-regierung.de

Bearbeitet von: Frau Stahl
Geschäftszeichen: STALU MS 12 c
0201/5129
Reg.-Nr.: 211 - 21
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Neubrandenburg, 09.09.2021

Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck der Gemeinde Schönbeck

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung der eingereichten Unterlagen nehme ich wie folgt Stellung:

1. Landwirtschaft und EU-Förderangelegenheiten

Mit dem o. g. Vorhaben werden Teile der Dauergrünlandfeldblöcke DEMVLI088AA40077, DEMVLI088AC20051, DEMVLI088AC20042 und des Ackerlandfeldblockes DEMVLI088AC20131 überplant. Es erscheint daher sinnvoll, die Eigentümer/Bewirtschafter der überplanten landwirtschaftlichen Teilflächen frühzeitig zu beteiligen.

Insgesamt sollten der Entzug bzw. die zeitweilige Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen auf den absolut notwendigen Umfang beschränkt und die Erreichbarkeit der anliegenden landwirtschaftlichen Flächen mit landwirtschaftlicher Technik sichergestellt werden.

Auf den ggf. zusätzlich zeitweilig in Anspruch genommenen Flächen ist die landwirtschaftliche Nutzbarkeit nach Abschluss der Baumaßnahmen vollständig wiederherzustellen. Bleibende Beeinträchtigungen sollten auf ein absolutes Mindestmaß reduziert werden.

Die Funktionstüchtigkeit eventuell vorhandener Dränagesysteme muss für die betroffenen und die anliegenden Flächen gewährleistet bleiben. Sollten bei Erdarbeiten Dränagen oder andere Entwässerungsleitungen angetroffen oder diese durch Baustellenfahrzeuge in ihrer Funktion beeinträchtigt werden, ist der zuständige Wasser- und Bodenverband umgehend zu informieren.

Allgemeine Datenschutzinformationen:
Der Kontakt mit dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte ist mit einer Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage: Art. 6 (1) e DS-GVO i. V. m. § 4 DSGVO-M-V). Weitere Informationen zu Ihren Datenschutzrechten finden Sie unter www.regierung-mv.de/Datenschutz.

Beschlussvorschlag:

*Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellung, die Ausführungen und Hinweise des **Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen und in die Begründung eingestellt.*

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt die Feststellung des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte, dass Dauergrünland und Ackerfeldblöcke überplant werden, zur Kenntnis. Die Eigentümer sind im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung an der Planung beteiligt. Die fachtechnischen Hinweise sind bei der Realisierung von Vorhaben durch den Vorhabenträger zu beachten und werden als Hinweis in die Begründung eingestellt.

2. Integrierte ländliche Entwicklung

Die Gemeinde Schönebeck unterliegt einem Flurneuordnungsverfahren gem. § 56 LwAnpG. In einem Flurneuordnungsverfahren hat eine Änderung der Innenbereichssatzung Auswirkungen auf die Wertermittlung bis zu den Ergebnissen der Neugestaltung und der Zuteilung der neuen Grundstücke. Ich weise nochmals, in diesem Fall insbesondere auch das Planungsbüro Trautmann, auf den § 188 Abs. 2 BauGB hin. Die Änderungen der Klarstellungs- und Abrundungssatzung wurden zur Kenntnis genommen.

3. Naturschutz, Wasser und Boden

Das Vorhaben berührt weder ein der Zuständigkeit des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Mecklenburgische Seenplatte (StALU MS) unterliegendes Gewässer noch liegt es innerhalb eines GGB- oder Vogelschutzgebietes.

Im Bereich des geplanten Vorhabens erfolgt gegenwärtig auch keine Planung oder Durchführung einer Altlastensanierung durch das StALU MS.

Belange der Abteilung Naturschutz, Wasser und Boden sind deshalb nicht betroffen. Ob ein Altlastverdacht besteht, ist über das Altlastenkataster beim Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zu erfragen.

4. Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft

Nach Prüfung der zur Beurteilung vorgelegten Unterlagen bestehen aus immissionschutz- und abfallrechtlicher Sicht keine Einwände.

Mit freundlichen Grüßen


Christoph Linke
Amtsleiter

Die Gemeinde Schönebeck nimmt zur Kenntnis, dass sie einem Flurneuordnungsverfahren gem. § 56 LwAnpG unterliegt. Die Gemeinde weist darauf hin, dass die Satzung nicht geändert sondern neu aufgestellt wird.

Die Gemeinde Schönebeck nimmt zur Kenntnis, dass die vom StALU Mecklenburgische Seenplatte wahrzunehmenden Belange des Naturschutzes, Wassers und Bodens durch die gemeindliche Planung nicht betroffen sind.

Die Gemeinde Schönebeck nimmt die Hinweise der Abteilung Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft zur Kenntnis und wird diese als Hinweis in die Begründung einstellen.



Bergamt Stralsund



Bergamt Stralsund
Postfach 1136 - 18401 Stralsund

Gudrun Trautmann
Walwanusstraße 26
17033 Neubrandenburg

EINGANG

20. AUG. 2021

Bearb.: Frau Günther
Fon: 03831 / 61 21 0
Fax: 03831 / 61 21 12
Mail: D.Guenther@ba.mv-regierung.de

www.bergamt-mv.de

Reg.Nr. 2000/21

Az. 513/13071/467-21

Ihr Zeichen / vom
8/6/2021

Mein Zeichen / vom
Gü

Telefon
61 21 44

Datum
8/19/2021

STELLUNGNAHME DES BERGAMTES STRALSUND

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von Ihnen zur Stellungnahme eingereichte Maßnahme

Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck der Gemeinde Schönbeck

berührt keine bergbaulichen Belange nach Bundesberggesetz (BBergG) sowie keine Belange nach Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in der Zuständigkeit des Bergamtes Stralsund.

Für den Bereich der o. g. Maßnahme liegen zurzeit keine Bergbauberechtigungen oder Anträge auf Erteilung von Bergbauberechtigungen vor.

Aus Sicht der vom Bergamt Stralsund zu wahrenen Belange werden keine Einwände oder ergänzenden Anregungen vorgebracht.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf
Im Auftrag

Alexander Kattner

Allgemeine Datenschutzinformation: Der Kontakt mit dem Bergamt Stralsund ist mit der Speicherung und Verarbeitung der von Ihnen ggf. mitgeteilten persönlichen Daten verbunden (Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1e DSGVO i.V.m. § 4 Abs. 1 DSG M-V). Weitere Informationen erhalten Sie unter www.regierung-mv.de/Datenschutz.

Hausanschrift: Bergamt Stralsund
Frankendamm 17
18439 Stralsund

Fon: 03831 / 61 21 -0
Fax: 03831 / 61 21 12
Mail: poststelle@ba.mv-regierung.de

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffenen Feststellungen, Ausführungen und Hinweise des **Bergamtes Stralsund** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen.

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt zur Kenntnis, dass die gemeindliche Planung keine bergbaulichen Belange sowie Belange nach Energiewirtschaftsgesetz berührt.

Straßenbauamt Neustrelitz



Straßenbauamt Neustrelitz · PF 1246 · 17222 Neustrelitz

Planungsbüro Trautmann
Frau Gudrun Trautmann
Walwanusstraße 26

17033 Neubrandenburg

EINGANG

27. AUG. 2021

Bearbeiter: Frau Teichert

Telefon: (03981) 460 - 311
Mail: Corina.Teichert@sbv.mv-regierung.de
Az: 1114-555-23

Neustrelitz, den 25. August 2021

Tgb.-Nr. 1388 / 2021

Nachrichtlich: SM Neubrandenburg

Entwurf der Klarstellungs- und Abrundungssatzung für den Ort Schönbeck, Gemeinde Schönbeck Ihr Schreiben vom 06. August 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Unterlagen zum o.a. Entwurf habe ich bezüglich der vom Straßenbauamt Neustrelitz zu vertretenden Belange geprüft.

Der Geltungsbereich der Klarstellungssatzung erstreckt sich teilweise beidseitig entlang der L 281 von km 3.091 im Abschnitt 040 bis ca. km 0.770 im Abschnitt 050.

Die L 281 ist von km 3.091 im Abschnitt 040 bis zum km 0.752 als Erschließungsbereich der Ortsdurchfahrt (OD) Schönbeck festgesetzt.

Der Geltungsbereich der Satzung befindet sich innerhalb der festgesetzten OD und darüberhinaus ca. 20 m außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten. Die Landesstraße unterliegt für diesen 20 m-Abschnitt den straßenrechtlich relevanten Bestimmungen der freien Strecke. Somit sind Hochbauten und bauliche Anlagen in einem Abstand bis zu 20 Metern, gerechnet ab äußerer befestigter Fahrbahnkante der L 281 nicht zulässig.

Die Abrundungssatzung umfasst 6 Teilgebiete, wobei nur die Teilgebiete 1 und 3 innerhalb der OD an die L 281 grenzen.

Planungsziel ist die Ausweisung von weiteren Bauflächen in Schönbeck.

Bei weiteren Planungen an der L 281 zu den Einzelvorhaben im Geltungsbereich sind hinsichtlich der Erschließung und der Bebauung die Regelungen des Straßen- und Wegegesetz MV zu beachten.

Hausanschrift
Hertelstraße 8
17235 Neustrelitz

Telefon (03981) 460-0
Telefax (03981) 460 190

E-Mail
sba-nz@sbv.mv-regierung.de

Zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten weisen wir darauf hin, dass das Straßenbauamt Neustrelitz nach der EU- Datenschutz-Grundverordnung sowie des neu gefassten Landesdatenschutzgesetzes M-V vom 25.05.2018 handelt.

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffenen Feststellungen, Ausführungen und Hinweise des **Straßenbauamtes Neustrelitz** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen und nachrichtlich in die Planung eingestellt.

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt zur Kenntnis, dass sich der Klarstellungsbereich entlang der Ortsdurchfahrt der Landesstraße L281 erstreckt. Das nördlichste Grundstück liegt an der Ortsdurchfahrts-grenze und somit teilweise an der freien Strecke. Hier wird die von der Bebauung frei zu haltende Bereich nachrichtlich in die Planung eingestellt.

- 2 -

Die verkehrliche Erschließung der einzelnen Grundstücke im Verlauf der Landesstraße ist über Zufahrten gesichert. Weitere Zufahrten zur Landesstraße innerhalb der OD sind zulässig und mit der Straßenbauverwaltung abzustimmen.

Seitens des Straßenbauamtes Neustrelitz wird dem vorgelegten Entwurf der Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck der Gemeinde Schönbeck mit dem Stand Juni 2021 zugestimmt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Karsten Sohrweide

Die Gemeinde Schönbeck nimmt zur Kenntnis, dass das Straßenbauamt der gemeindlichen Planung zustimmt.

Hausanschrift
Hertelstraße 8
17235 Neustrelitz

Telefon (03981) 460-0
Telefax (03981) 460 190

E-Mail
sba-nz@sbv.mv-regierung.de

Zum Umgang mit Ihren personenbezogenen Daten weisen wir darauf hin, dass das Straßenbauamt Neustrelitz nach der EU- Datenschutz-Grundverordnung sowie des neu gefassten Landesdatenschutzgesetzes M-V vom 25.05.2018 handelt.

Landesamt für innere Verwaltung
Mecklenburg-Vorpommern

Amt für Geoinformation,
Vermessungs- und Katasterwesen



Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 12 01 35, 19018 Schwerin

Gudrun Trautmann
Architektin f. Stadtplanung
Walwanusstraße 26
DE-17033 Neubrandenburg

bearbeitet von: Frank Tonagel
Telefon: (0385) 588-56268
Fax: (0385) 509-56030
E-Mail: geodatenservice@laiv-mv.de
Internet: http://www.laiv-mv.de
Az: 341 - TOEB202100583

Schwerin, den 18.08.2021

**Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagentetze des Landes
Mecklenburg-Vorpommern**

hier: Abrundungssatzung OL Schönbeck FPÜ

Ihr Zeichen: 6.8.2021

Anlagen: Übersichten der im Planungsbereich vorhandenen Festpunkte
Beschreibungen der im Planungsbereich vorhandenen Festpunkte
Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem von Ihnen angegebenen Bereich befinden sich gesetzlich geschützte Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagentetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die genaue Lage der Festpunkte entnehmen Sie bitte den Anlagen; die Festpunkte sind dort farbig markiert. In der Örtlichkeit sind die Festpunkte durch entsprechende Vermessungsmarken gekennzeichnet ("vermarkt").

Vermessungsmarken sind nach § 26 des Gesetzes über das amtliche Geoinformations- und Vermessungswesen (Geoinformations- und Vermessungsgesetz - GeoVermG M-V) vom 16. Dezember 2010 (GVOBl. M-V S. 713) gesetzlich geschützt:

- Vermessungsmarken dürfen nicht unbefugt eingebracht, in ihrer Lage verändert oder entfernt werden.

- Zur Sicherung der mit dem Boden verbundenen Vermessungsmarken des Lage-, Höhen- und Schwerfestpunktfeldes darf eine kreisförmige Schutzfläche von zwei Metern Durchmesser weder überbaut noch abgetragen oder auf sonstige Weise verändert werden. Um die mit dem Boden verbundenen Vermessungsmarken von

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffenen Feststellungen, Ausführungen und Hinweise des **Landesamtes für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen.

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt zur Kenntnis, dass sich im Bereich gesetzlich geschützte Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagentetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern befinden. Jedoch verweist die Gemeinde darauf, dass die Nivellementpunkte 3. Ordnung 244704170 und 244704180 sowie der Lagefestpunkt 244752860 nach der anliegenden Übersichtskarte außerhalb des Plangeltungsbereichs der gemeindlichen Satzung liegen. Die übrigen Höhen- und Lagefestpunkte werden nachrichtlich in die Planung eingestellt.

Vermittlung: (0385) 588 56966
Telefax: (0385) 58848256039
Internet: www.laiv-mv.de

Hausanschrift: LAIV, Abteilung 3
Lübecker Straße 289
19059 Schwerin

Öffnungszeiten Geoinformationszentrum:
Mo.-Do.: 9.00 - 15.30 Uhr
Fr.: 9.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindung: Deutsche Bundesbank,
Filiale Rostock
IBAN: DE75 1300 0000 0013 001561
BIC: MARKDEF1130

Lagefestpunkten der Hierarchiestufe C und D auch zukünftig für satellitengestützte Messverfahren (z.B. GPS) nutzen zu können, sollten im **Umkreis von 30 m um die Vermessungsmarken Anpflanzungen von Bäumen oder hohen Sträuchern vermieden werden**. Dies gilt nicht für Lagefestpunkte (TP) 1.-3. Ordnung.

- **Der feste Stand, die Erkennbarkeit und die Verwendbarkeit der Vermessungsmarken dürfen nicht gefährdet werden**, es sei denn, notwendige Maßnahmen rechtfertigen eine Gefährdung der Vermessungsmarken.

- Wer **notwendige Maßnahmen** treffen will, durch die geodätische Festpunkte gefährdet werden können, hat dies **unverzüglich dem Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen mitzuteilen**.

Falls Festpunkte bereits jetzt durch das Bauvorhaben gefährdet sind, ist **rechtzeitig (ca. 4 Wochen vor Beginn der Baumaßnahme)** ein Antrag auf Verlegung des Festpunktes beim Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen zu stellen.

Ein Zuwiderhandeln gegen die genannten gesetzlichen Bestimmungen ist eine Ordnungswidrigkeit und kann mit einer Geldbuße bis zu 5 000 Euro geahndet werden. Ich behalte mir vor, ggf. Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Bitte beachten Sie das beiliegende **Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte**.

Hinweis:

Bitte beteiligen Sie auch die jeweiligen Landkreise bzw. kreisfreien Städte als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörden, da diese im Rahmen von Liegenschaftsvermessungen das Aufnahmepunktfeld aufbauen. Aufnahmepunkte sind ebenfalls zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Frank Tonagel

Der Landkreis Vorpommern-Greifswald war am Verfahren beteiligt.

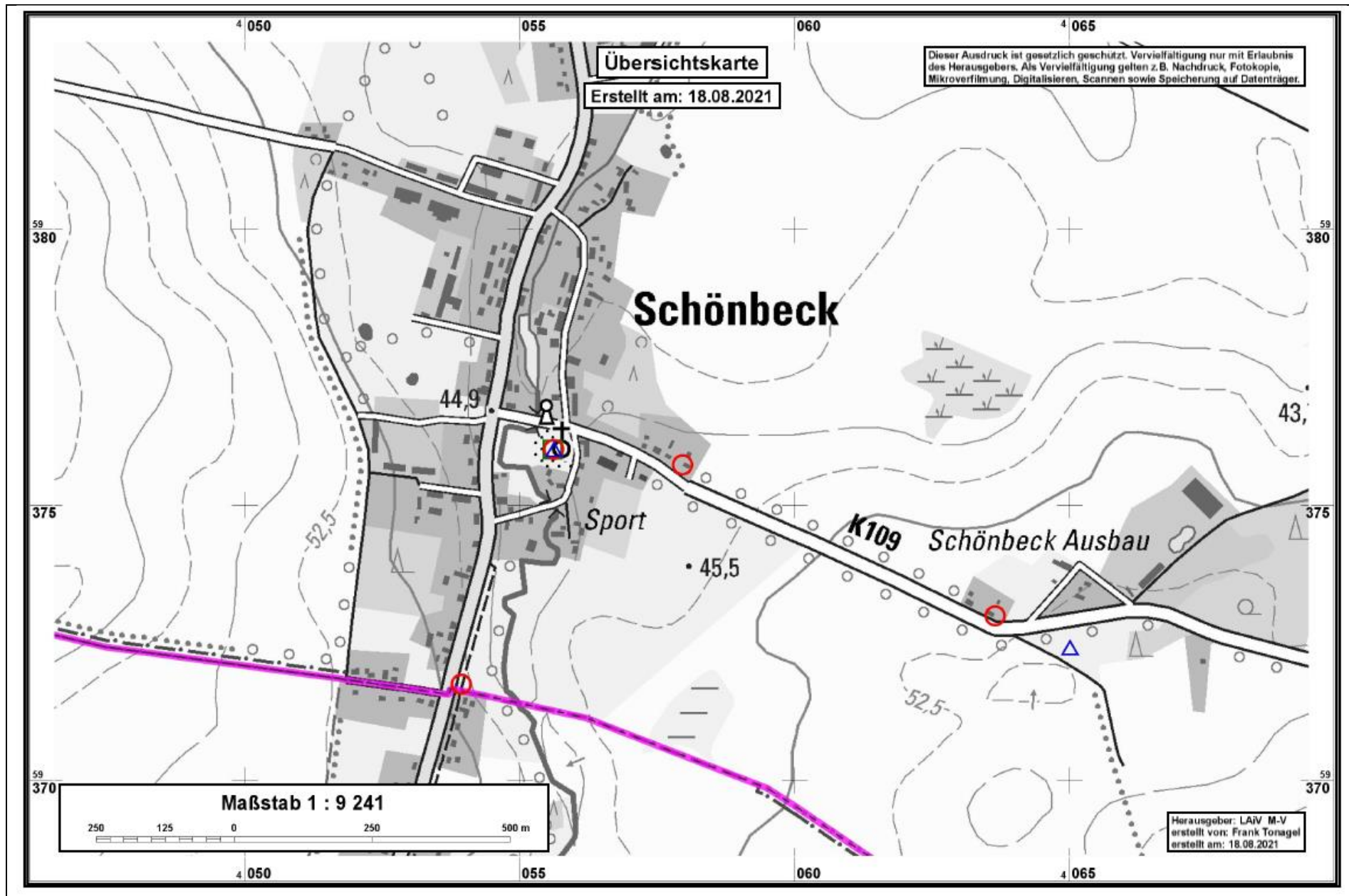
Seite 2 von 2

Vermittlung: (0385) 598 56966
Telefax: (0385) 59848256039
Internet: www.verma-mv.de

Hausanschrift: LANV, Abteilung 3
Lübcker Straße 289
19059 Schwerin

Öffnungszeiten Geoinformationszentrum:
Mo-Do.: 9.00 - 15.30 Uhr
Fr.: 9.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindung: Deutsche Bundesbank,
Filiale Rostock
IBAN: DE79 1300 0000 0013 001561
BIC: MARKDEF1130



**Staatliches Bau- und
Liegenschaftsamt Neubrandenburg**



Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt Neubrandenburg
Postfach 11 01 63, 17041 Neubrandenburg

Planungsbüro Trautmann
Walwanusstraße 26
17033 Neubrandenburg

Bearbeitet von: Fred Vespermann
Tel.: +49 395 380 87813
AZ: L1411-NB-B1028-BP- Schönbeck
Fred.vespermann@nb.sbl-mv.de

EINGANG

12. OKT. 2021

Neubrandenburg, 07.10.2021

Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck der Gemeinde Schönbeck

**hier: Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie der
Nachbargemeinden gem. § 4 Abs. 2**

Ihr Schreiben vom 06.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

die oben genannte Unterlage bzw. Anfrage wurde im Staatlichen Bau- und Liegenschaftsamt (SBL) Neubrandenburg geprüft. Nach derzeitigem Kenntnisstand befindet sich im Bereich des o. g. Vorhabens kein vom SBL Neubrandenburg verwalteter Grundbesitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Es ist nicht auszuschließen, dass sich im Vorhabengebiet forst- oder landwirtschaftliche Nutzflächen oder für Naturschutzzwecke genutzte Landesflächen befinden. Für eventuelle Hinweise und Anregungen zu diesen gemäß § 5 des Gesetzes zur Modernisierung der Staatshochbau- und Liegenschaftsverwaltung M-V vom 24.09.2019 nicht zum Landesvermögen des SBL Neubrandenburg gehörenden Grundstücken, sind die jeweiligen Ressortverwaltungen zuständig. Ich gehe davon aus, dass bereits im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Einbindung dieser Fachverwaltung erfolgt ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Vespermann

Staatliches Bau- und Liegenschaftsamt
Neubrandenburg
Neustrelitzer Str. 121
17033 Neubrandenburg

Bankverbindung: Landeszentalkasse M-V
Deutsche Bundesbank Filiale Rostock
IBAN: DE23 1300 0000 0013 0015 02
BIC: MARKDEF1130

Telefon: 0395 380-87801
Telefax: 0395 380-87901
poststelle@nb.sbl-mv.de
www.sbl-mv.de

*Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffenen Feststellungen, Ausführungen und Hinweise des **Staatlichen Bau- und Liegenschaftsamtes Neubrandenburg** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen und als Hinweis in die Begründung eingestellt.*

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt zur Kenntnis, dass sich im Bereich der gemeindlichen Planung kein vom Staatlichen Bau- und Liegenschaftsamtes Neubrandenburg verwalteter Grundbesitz des Landes Mecklenburg-Vorpommern befindet.



Landesforst
Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Der Vorstand



Forstamt Neubrandenburg · Oelmühlenstraße 3 · 17033 Neubrandenburg

Frau
Gudrun Trautmann
Architektin für Stadtplanung
Walwanusstr. 26
17033 Neubrandenburg

EINGANG

28. SEP. 2021

Forstamt Neubrandenburg

Bearbeitet von: Frau H. Schülke

Telefon: 03 95 / 569184-13
Fax: 03 95 4 / 235 - 407
E-Mail: Helvi.Schuelke@foa-mv.de

Aktenzeichen: 07-SB17444.382
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Neubrandenburg, den 24.09.2021

Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck, Gemeinde Schönbeck
hier: Berücksichtigung forstlicher Belange

Sehr geehrte Frau Trautmann,

im Auftrag des Vorstandes der Landesforstanstalt Mecklenburg-Vorpommern nehme ich zu dem o.g. Bauantrag im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Neubrandenburg für den Geltungsbereich des Landeswaldgesetzes MV (LWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 870), letzte berücksichtigte Änderung: § 3 geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 219) wie folgt Stellung:

Gemäß § 2 LWaldG ist Wald jede mit Waldgehölzen bestockte Grundfläche unabhängig von Regelmäßigkeit und Art der Entstehung. Waldgehölze sind alle Waldbaum- und Waldstraucharten.

In der Regel ist Wald ein zusammenhängender Bewuchs mit Waldgehölzen mit einer Mindestflächengröße von 2.000 m², einer mittleren Breite von 25 Metern und einer mittleren Höhe von 1,5 Metern oder einem Alter von 6 Jahren.

Nach der Verordnung zur Bestimmung von Ausnahmen bei der Einhaltung des Abstandes baulicher Anlagen zum Wald (Waldabstandsverordnung - WAbstVO M-V) vom 20. April 2005 (GVOBl. M-V 2005, S. 166), die zuletzt durch Verordnung vom 16. Oktober 2014 (GVOBl. M-V S. 601) geändert wurde, ist nach §1 der WAbstVO M-V der gemäß §20 Abs.1 Satz 1 des LWaldG M-V bei der Errichtung baulicher Anlagen einzuhaltende Abstand zum Wald von 30 Metern (Waldabstand) von der baulichen Anlage bis zur Waldgrenze zu bemessen. Diese wird in Fällen des §2, Absatz 1 Satz 1 des Landeswaldgesetzes ab der Traufkante gebildet.

Nach Sichtung der eingereichten Unterlagen ist festzustellen, dass sich fast das gesamte Plangebiet nicht in der Nähe von Waldgebieten bzw. von Erstaufforstungsflächen befindet. Eine

Vorstand: Manfred Baum

Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Fritz - Reuter - Platz 9
17139 Malchin

Bankverbindung:
Deutsche Bundesbank
BIC: MARKDEF1150
IBAN: DE87 1500 0000 0015 0015 30
Steuernummer: 079/133/80058

Telefon: 0 39 94/ 2 35-0
Telefax: 0 39 94/ 2 35-4 00
E-Mail: zentrale@foa-mv.de
Internet: www.wald-mv.de

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffenen Feststellungen, Ausführungen und Hinweise der **Landesforst Mecklenburg-Vorpommern** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen und in die Planung eingestellt.

Ausnahme ist aber bei den Flurstücken 81/15, 81/19, 81/21 und 82/19, Flur 5, in der Gemarkung Schönbeck ersichtlich.

Bei der Fläche 81/8 handelt es sich um eine Waldfläche die in ihrer Ausdehnung Randbereiche der anderen aufgeführten Grundstücke tangiert. Bei diesen benachbarten Flächen ist der im LWaldG festgelegte Waldabstand von 30m zum Geltungsbereich der Klarstellungs- und Abrundungssatzung einzuhalten und nicht durch Neuerrichtungen von baulichen Anlagen, welche dem stetigen Aufenthalt von Menschen dienen (wie z.Bsp. Wohnbebauung, Ferien- und Wochenendhäuser, Produktionsstätten etc.) zu unterschreiten.

Dagegen hat sich nördlichen Bereich der Flur 5, in der Gemarkung Schönbeck, in unmittelbarer Nachbarschaft von den Flurstücken 100/2 und 99, welche mit in den Satzungsbereich einbezogen wurden, auf den Flurstücken 96 und 97, selbige Flur und Gemarkung, eine Bewaldung entwickelt. Da es sich bei den Grundstücken 100/2 und 99 bereits um bebaute Flächen handelt, muss vorsorglich auf die 30Meter Abstandseinhaltung für künftige Bauvorhaben zum Wald hingewiesen werden.

Andere Waldflächen sind von der Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck nicht betroffen, was zu dem Ergebnis führt, dass keine weiteren forstlichen Belange berührt werden. Aus forstlicher Sicht sind durch die Planfestlegungen keine weiteren Konflikte im Sinne des LWaldG M-V ersichtlich.

Aus diesem Grund wird durch unsere Behörde das Einvernehmen zur Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck hergestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Harald Menning
Forstamtsleiter

Vorstand: Manfred Baum

Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Fritz - Reuter - Platz 9
17139 Malchin

Bankverbindung:

Deutsche Bundesbank
BIC: MARKDEF1150
IBAN: DE87 1500 0000 0015 0015 30
Steuernummer: 079/133/80058

Telefon: 0 39 94/ 2 35-0
Telefax: 0 39 94/ 2 35-4 00
E-Mail: zentrale@lfoa-mv.de
Internet: www.wald-mv.de

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt zur Kenntnis, dass in einem Abstand von 30 m zum bestehenden Wald keine neuen baulichen Anlagen, welche dem stetigen Aufenthalt von Menschen dienen, errichtet werden dürfen. In dem Entwurf war der Waldabstand für die Waldfläche auf dem Flurstück 81/8 der Flur 5 nachrichtlich aufgenommen, für die Waldfläche auf den Flurstücken 96 und 97 wird dies noch in die Planung aufgenommen.



Landesforst
Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Der Vorstand



Forstamt Neubrandenburg · Oelmühlenstraße 3 · 17033 Neubrandenburg

Frau
Gudrun Trautmann
Architektin für Stadtplanung
Walwanusstr. 26
17033 Neubrandenburg

EINGANG

23 NOV. 2021

Forstamt Neubrandenburg

Bearbeitet von: Frau H. Schülke

Telefon: 03 95 / 569184-13
Fax: 03 99 4 / 235 - 407
E-Mail: Helvi.Schuelke@ifoa-mv.de

Aktenzeichen: 07-SB1/7444.382
(bitte bei Schriftverkehr angeben)

Neubrandenburg, den 09.11.2021

Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck, Gemeinde Schönbeck
hier: Berücksichtigung forstlicher Belange

Sehr geehrte Frau Trautmann,

im Auftrag des Vorstandes der Landesforstanstalt Mecklenburg-Vorpommern nehme ich zu dem o.g. Bauantrag im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Neubrandenburg für den Geltungsbereich des Landeswaldgesetzes MV (LWaldG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 870), letzte berücksichtigte Änderung: § 3 geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 219) wie folgt Stellung:

Gemäß § 2 LWaldG ist Wald jede mit Waldgehölzen bestockte Grundfläche unabhängig von Regelmäßigkeit und Art der Entstehung. Waldgehölze sind alle Waldbaum- und Waldstraucharten.

In der Regel ist Wald ein zusammenhängender Bewuchs mit Waldgehölzen mit einer Mindestflächengröße von 2.000 m², einer mittleren Breite von 25 Metern und einer mittleren Höhe von 1,5 Metern oder einem Alter von 6 Jahren.

Nach der Verordnung zur Bestimmung von Ausnahmen bei der Einhaltung des Abstandes baulicher Anlagen zum Wald (Waldabstandsverordnung - WAbstVO M-V) vom 20. April 2005 (GVOBl. M-V 2005, S. 166), die zuletzt durch Verordnung vom 16. Oktober 2014 (GVOBl. M-V S. 601) geändert wurde, ist nach § 1 der WAbstVO M-V der gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1 des LWaldG M-V bei der Errichtung baulicher Anlagen einzuhalten Abstand zum Wald von 30 Metern (Waldabstand) von der baulichen Anlage bis zur Waldgrenze zu bemessen. Diese wird in Fällen des § 2, Absatz 1 Satz 1 des Landeswaldgesetzes ab der Traufkante gebildet.

Nach Sichtung der eingereichten Unterlagen ist festzustellen, dass mit der Einbeziehungssatzung zur Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck das Planziel eine Ausweisung von

Vorstand: Manfred Baum

Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Fritz - Reuter - Platz 9
17139 Malchin

Bankverbindung:

Deutsche Bundesbank
BIC: MARKDEF1150
IBAN: DE87 1500 0000 0015 0015 30
Steuernummer: 079/133/80058

Telefon: 0 39 94/ 2 35-0
Telefax: 0 39 94/ 2 35-4 00
E-Mail: zentrale@ifoa-mv.de
Internet: www.wald-mv.de

2

Bauflächen ist. Der Geltungsbereich der Abrundungssatzung befindet sich an unterschiedlichen Stellen von Schönbeck und wurde in sechs Teilbereiche unterteilt.

Mit den Teilbereichen 1 bis 5 befindet sich fast das gesamte Plangebiet nicht in der Nähe von Wald bzw. von Erstaufforstungsflächen.

Eine Ausnahme ist der Teilbereich 6 mit den Parzellen 82/14 und 82/19 (beide teilweise) in der Flur 5, der Gemarkung Schönbeck. Hier ist ersichtlich, dass das Flurstück 82/19 sowie die Flurstücke 81/15, 81/10, 81/19, 81/21, Flur 5, in der Gemarkung Schönbeck an das Flurstück 81/8, gleiche Flur und Gemarkung, angrenzen.

Bei der Fläche 81/8 handelt es sich um eine Waldfläche die in ihrer Ausdehnung Randbereiche der anderen aufgeführten Grundstücke tangiert. Bei allen angrenzenden Flächen ist der im LWaldG festgelegte Waldabstand von 30m zum Geltungsbereich der Klarstellungs- und Abrundungssatzung einzuhalten und nicht durch Neuerrichtungen von baulichen Anlagen, welche dem stetigen Aufenthalt von Menschen dienen (wie z. Bsp. Wohnbebauung, Ferien- und Wochenendhäuser, Produktionsstätten etc.) zu unterschreiten.

Vorbeugend weisen wir noch einmal auf unsere Darlegungen in der Stellungnahme vom 24.09. 2020 hin.

Dazu gehört auch unser damalige Hinweis, dass sich im nördlichen Bereich der Flur 5, in der Gemarkung Schönbeck, in unmittelbarer Nachbarschaft von den Flurstücken 100/2 und 99, welche mit in den Klarstellungs- und Abrundungssatzungsbereich einbezogen wurden, auf den Flurstücken 96 und 97, selbige Flur und Gemarkung, eine Bewaldung entwickelt hat. Da es sich bei den Grundstücken 100/2 und 99 bereits um bebaute Flächen handelt, wird vorsorglich für künftige Bauvorhaben erneut auf die 30Meter Abstandseinhaltung zum Wald hingewiesen.

Andere Waldflächen sind von der Erweiterung der Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck nicht betroffen, was zu dem Ergebnis führt, dass keine forstlichen Belange im Sinne des LWaldG M-V zusätzlich berührt werden.

Bei Einhaltung der gegebenen Hinweise und des 30m Waldabstandes zu baulichen Anlagen, wird durch unsere Behörde das Einvernehmen zur Erweiterung der Klarstellungs- und Abrundungssatzung der Gemeinde Schönbeck hergestellt.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Harald Menning
Forstamtsleiter

Vorstand: Manfred Baum

Landesforst Mecklenburg-Vorpommern
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
Fritz - Reuter - Platz 9
17139 Malchin

Bankverbindung:

Deutsche Bundesbank
BIC: MARKDEF1150
IBAN: DE87 1500 0000 0015 0015 30
Steuernummer: 079/133/80058

Telefon: 0 39 94/ 2 35-0
Telefax: 0 39 94/ 2 35-4 00
E-Mail: zentrale@ifoa-mv.de
Internet: www.wald-mv.de



E.DIS Netz GmbH, Borkenstraße 2, 17358 Torgelow

Planungsbüro Trautmann
Walwanusstraße 26
17033 Neubrandenburg

Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck der Gemeinde Schönbeck
Registrier-Nr.: 0308817-EDIS

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 06.08.2021 und teilen Ihnen mit, dass vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung unseres vorhandenen Anlagenbestandes gegen die o. g. Planung keine Bedenken bestehen.

Im dargestellten Baugebiet befinden sich Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens. Sollte eine Umverlegung von Leitungen erforderlich werden, erbitten wir einen rechtzeitigen Antrag, aus welchem die Baugrenzen ersichtlich sind. Auf dieser Grundlage werden wir dem Antragsteller ein Angebot für die Umverlegung unserer Anlagen unterbreiten. Im Rahmen vorhabenkonkreter Planungen halten wir deshalb eine Rücksprache mit uns für erforderlich.

Als Anlage übersenden wir Ihnen Planunterlagen mit unserem eingetragenen Strom-/Gas-/Fernmeldeleitungs- und Anlagenbestand. Diese Unterlage dient als Information und nicht als Grundlage zum Durchführen von Bauarbeiten.

Zu konkreten Vorhaben setzen Sie sich bitte mindestens 14 Tage vor Baubeginn mit uns in Verbindung. Wir werden Ihnen die erforderlichen Unterlagen zum Anlagenbestand zusenden.

Für den Anschluss von Neukunden werden unsere Nieder- und Mittelspannungsnetze entsprechend der angemeldeten Leistung und der jeweils geforderten Versorgungssicherheit ausgebaut bzw. erweitert und gegebenenfalls neue Transformatorenstationen errichtet.

Vorzugsweise werden dafür vorhandene bzw. im öffentlichen Bauraum befindliche Leitungstrassen genutzt und Möglichkeiten der koordinierten Leitungsverlegung mit anderen Versorgungsleitungen geprüft.

Für neu zu errichtende Transformatorenstationen werden grundsätzlich Grundstücke, die sich im Eigentum der Gemeinde befinden, genutzt.

E.DIS Netz GmbH
Borkenstraße 2
17358 Torgelow
www.e-dis-netz.de

Ihr Ansprechpartner
Martin Harke
Betrieb Verteilnetze Müritzerhaff

T 0 39 76-28 07-20 17

Martin.Harke@e-dis.de

Datum
13. August 2021

Bankverbindung
Deutsche Bank AG
Fürstenwalde/Spree
IBAN DE75 1207
0000 0254 5515 00
BIC DEUTDE33HAN

Gläubiger-ID
DE62ZZZ00000175587

Sitz: Fürstenwalde/Spree
Amtsgericht Frankfurt (Oder)
HRB 16068
St.Nr. 061 108 06416
USt-IdNr. DE285351013

Geschäftsführung
Stefan Blache
Harald Bock
Michael Kaiser

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellungen, Ausführungen und Hinweise der **E.DIS Netz GmbH** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen und in die Planung eingestellt.

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt zur Kenntnis, dass vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung des Anlagenbestandes der E.DIS keine Bedenken gegen die gemeindliche Planung bestehen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Bereich der gemeindlichen Planung Anlagen der E.DIS Netz GmbH befinden. Aufgrund der mitgesendeten Pläne konnte festgestellt werden, dass durch das Baufeld am Eichhorster Weg eine Gasleitung verläuft und durch das Baufeld am Ratteyer Damm ein Mittelspannungstromkabel. Sie werden in die weitere Planung eingestellt.

Zum jetzigen Zeitpunkt liegen uns keine konkreten Bebauungspläne vor, so dass es uns nicht möglich ist, über perspektivisch benötigte Flächen für neue Trassen bzw. Stationsstandorte Aussagen zu treffen.

Datum
13. August 2021

Auf jeden Fall sollten bei zukünftigen Planungen unsere vorhandenen Leitungstrassen und Stationsstandorte berücksichtigt und gesichert werden.

Nachfolgend möchten wir Ihnen allgemeine Hinweise zu Arbeiten in der Nähe und zum Schutz von Versorgungsanlagen zur Kenntnis geben, die Sie bitte bei der weiteren Planung im o. g. Bereich berücksichtigen möchten:

- „Merkblatt zum Schutz der Verteilungsanlagen“

Für Rückfragen stehen(t) Ihnen in unserem Standort des Regionalbereiches unsere(r) Mitarbeiter/in gern zur Verfügung.

Ansprechpartner:

Stromversorgungsanlagen: Herr Karberg Telefon: 03976 2807 3512
Gasversorgungsanlagen: Herr Rosenow Telefon: 03976 2807 3477

Freundliche Grüße

E.DIS Netz GmbH

i.A.

Dietrich
Fischer

Digital
unterschrieben von
Dietrich Fischer
Datum: 2021.08.13
10:44:16 +02'00'

i.A.

Martin
Harke

Digital
unterschrieben
von Martin Harke
Datum:
2021.08.13
10:39:26 +02'00'



50Hertz Transmission GmbH – Heidestraße 2 – 10557 Berlin

Gudrun Trautmann
Architektin für Stadtplanung
Walwanusstraße 26
17033 Neubrandenburg

Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck der Gemeinde Schönbeck

Sehr geehrte Frau Trautmann,

Ihr Schreiben haben wir dankend erhalten.

Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.

Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.

Freundliche Grüße

50Hertz Transmission GmbH

Kretschmer Froeb

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

50Hertz Transmission GmbH

TG
Netzbetrieb

Heidestraße 2
10557 Berlin

Datum
09.08.2021

Unser Zeichen
2021-005132-01-TG

Ansprechpartner/in
Frau Froeb

Telefon-Durchwahl
030/5150-3495

Fax-Durchwahl

E-Mail
kennungsauskunft@50hertz.com

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom
06.08.2021

Vorsitzender des Aufsichtsrates
Christiaan Peeters

Geschäftsführer
Stefan Kapfner, Vorsitz
Dr. Dirk Biermann
Sylvia Borcharding
Dr. Frank Galletz
Marco Nix

Sitz der Gesellschaft
Berlin

Handelsregister
Amtsgericht Charlottenburg
HRB 84446

Bankverbindung
BNP Paribas, NL FFM
BLZ 512 106 00
Konto-Nr. 9223 7410 19
IBAN:
DE75 5121 0600 9223 7410 19
BIC: BNPADEFF

USt.-Id.-Nr. DE813473551



www.50hertz.com

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellung und Ausführungen der **50Hertz Transmission GmbH** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen.

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt die Feststellung der 50Hertz Transmission GmbH, dass ihre Anlagen durch die gemeindliche Planung nicht betroffen sind, zur Kenntnis.

IHK Neubrandenburg · PF 11 02 53 · 17042 Neubrandenburg

Planungsbüro Trautmann
Frau Gudrun Trautmann
Walwanusstraße 26
17033 Neubrandenburg

Ihr Ansprechpartner
Marten Belling

E-Mail
marten.belling@neubrandenburg.ihk.de

Tel.
0395 5597-213

Fax
0395 5597-513

20. September 2021

**Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck der Gemeinde Schönbeck
Beteiligung als Träger öffentlicher Belange**

Sehr geehrte Frau Trautmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 6. August 2021, mit dem Sie um Stellungnahme zum Entwurf der o. g. Satzung bitten.

Nach Prüfung der Unterlagen ergeben sich aus Sicht der Industrie- und Handelskammer Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern keine Hinweise zum vorliegenden Satzungsentwurf.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



Marten Belling

Beschlussvorschlag:

*Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellung und Ausführungen der **IHK Neubrandenburg** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen.*

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt die Feststellung der IHK Neubrandenburg, dass es aus ihrer Sicht keine Bedenken gegen die gemeindliche Planung gibt, zur Kenntnis.



Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Fontainengraben 200 • 53123 Bonn

Planungsbüro Trautmann
Walwanusstr. 26
17033 Neubrandenburg

Nur per E-Mail info@planungsbuero-trautmann.de

Aktenzeichen	Ansprechperson	Telefon	E-Mail	Datum
45-90-00 / K-1-832-21	Herr Sauer	0228 5504-4569	beiudowtoeb@bundeswehr.org	08.08.2021

Anforderung einer Stellungnahme;

BETREFF: Gemeinde Schönbeck- Klarstellungs- und Abrundungssatzung
NW: Beteiligung als Träger öffentlicher Belange gemäß BauGB
BEZUG: Ihr Schreiben vom 06.08.2021 - Ihr Zeichen: Mail vom 06.08.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Sauer

Allgemeine Information: Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form (E-Mail / Internetlink) bereitzustellen und an den Organisationsbriefkasten BAI/UDbWToeB@bundeswehr.org zu senden. Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt. Sollte dies nicht möglich sein, bitte ich um Übersendung als Datenträger (CD, DVD, USB-Stick). Postalisch übermittelte Antragsunterlagen werden nur auf ausdrücklichen Wunsch zurückgesandt.
Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.



BUNDESAMT FÜR
INFRASTRUKTUR,
UMWELTSCHUTZ UND
DIENSTLEISTUNGEN DER
BUNDESWEHR

REFERAT INFRA I 3

Fontainengraben 200
53123 Bonn
Postfach 28 63
53019 Bonn

Tel. + 49 (0) 228 55044569
Fax + 49 (0) 228 55489-5763

WWW.BUNDESWEHR.DE

INFRASTRUKTUR

Beschlussvorschlag:

Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellung und Ausführungen des **Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen.

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt die Feststellung des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, dass seitens der Bundeswehr keine Einwände gegen die gemeindliche Planung bestehen, zur Kenntnis.

Planungsbüro Trautmann

Von: Koordinationsanfrage Vodafone Kabel Deutschland
<koordinationsanfragen.de@vodafone.com>
Gesendet: Dienstag, 14. September 2021 08:58
An: Planungsbüro Trautmann
Betreff: Stellungnahme S01058704, VF und VFKD, Gemeinde Schönbeck, Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck

Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH
Eckdrift 81 * 19061 Schwerin

Planungsbüro Trautmann - Gudrun Trautmann
Walwanusstraße 26
17033 Neubrandenburg

Zeichen: Netzplanung, Stellungnahme Nr.: S01058704
E-Mail: TDRA-O-Schwerin@vodafone.com
Datum: 14.09.2021
Gemeinde Schönbeck, Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 06.08.2021.

Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant.

Freundliche Grüße
Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH

Dieses Schreiben wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

Beschlussvorschlag:

*Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellung und Ausführungen der **Vodafone Kabel Deutschland GmbH** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen.*

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt die der Vodafone Kabel Deutschland GmbH, dass sich im Bereich der gemeindlichen Planung keine Telekommunikationslinien des Unternehmens befinden oder geplant sind, zur Kenntnis.

Gesendet: Dienstag, 24. August 2021 um 13:29 Uhr
Von: "Bleske, Wolfgang" <W.Bleske@pck.de>
An: "gt.stadtplanung@gmx.de" <gt.stadtplanung@gmx.de>
Cc: "Gnorski, Harry" <H.Gnorski@PCK.de>, "Kersten, Hubert" <H.Kersten@PCK.de>, "Falke, Katrin" <K.Falke@PCK.de>
Betreff: BIL-Anfrage "Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck" mit der Nummer 20210806-0433

Sehr geehrte Frau Trautmann,

vom BIL-System haben wir die Anfrage "Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck" mit der Nummer 20210806-0433 erhalten und die Unterlagen durchgesehen. Im Bereich der Anfragefläche verläuft die betriebsnotwendige Pipeline (DN 400 mm, PN 70 bar) mit dem Fernmeldekabel und sonstigen Anlagen der PCK mittig innerhalb eines 8 m breiten Schutzstreifens. Diese Rohrleitungsanlage ist eine überwachungspflichtige Anlage zum Transport von gefährlichen Gütern im Sinne des Immissions- und Störfallrechts zwischen den Tankanlagen der Raffinerie in Schwedt/Oder und dem Tanklager im Ölhafen Rostock. Die Pipeline quert zwischen Schönbeck und Neu Schönbeck die Landesstrasse L 281 und verläuft weiter in Richtung Jatzke. Als Anlage erhalten Sie einen Pipelinetrassenplan zum Verlauf in diesem Bereich. Entsprechend Ihrer Unterlage sollte die Anfragefläche einen ausreichenden Abstand (mindestens 1000 m) zur PCK Pipeline besitzen. Derzeit ist keine Beeinflussung zu erkennen.

Über das BIL-System kann ich Ihnen nicht antworten. BIL liefert dazu folgende Information: „Sie besitzen nicht die erforderliche Rolle, um diese behördliche Anfrage zu beantworten.“

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Bleske

Verladung / Pipelines / Außenlager OE 222
T: +49 3332 46 3243
F: +49 3332 46 8 567
M: +49 1718607616
<mailto:W.Bleske@pck.de>
www.pck.de

PCK Raffinerie GmbH - Passower Chaussee 111 - 16303 Schwedt/Oder
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Alexander Zubchenko
Geschäftsführung: Wulf Spitzley (Sprecher), Josef Maily
Sitz der Gesellschaft: Schwedt/Oder - Register-Nr.: HRB 10018,
Amtsgericht Neuruppin

Beschlussvorschlag:

*Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellung und Ausführungen der **PCK Raffinerie GmbH Schwedt** werden im Rahmen der Satzung zur Kenntnis genommen.*

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt die Feststellung der PCK Raffinerie GmbH Schwedt, dass eine Pipeline durch das Gemeindegebiet verläuft, zur Kenntnis. Es wird keine Beeinflussung der gemeindlichen Planung im Sinne des Immissions- und Störfallrechts gesehen.

Planungsbüro Trautmann

Von: Dirk Greifenstein <greifenstein.dirk@bvvg.de>
Gesendet: Freitag, 13. August 2021 11:33
An: Planungsbüro Trautmann
Betreff: Antwort: Klarstellungs- und Abrundungssatzung Schönbeck der Gemeinde Schönbeck, BVVG AZ: 2021 Gestattungen

Sehr geehrte Frau Trautmann,

vielen Dank für die Übermittlung der Informationen zu Ihrem o. g. Planungsvorhaben (Ihre E-Mail vom 06.08.2021). Uns liegen derzeit keine Informationen über Sachverhalte vor, die aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen eine Realisierung Ihres Vorhabens sprechen würden. Auf Grund des Umfangs und der Lage des hier betroffenen Planungsgebietes ist es wahrscheinlich, dass keine BVVG-Vermögenswerte mehr betroffen sind bzw. konnten wir bisher keine solchen identifizieren. Dies trifft für beide Gemarkungen der Gemeinde Schönbeck zu. Sollte sich dieser Umstand im Zuge der weiteren Plankonkretisierung als zutreffend erweisen und tatsächlich keine BVVG- Vermögenswerte betroffen sein, erklären wir für diesen Fall bereits hiermit unseren Verzicht auf eine weitere Beteiligung an der von Ihnen betriebenen Beteiligungsverfahren und der ggf. später von Dritten betriebenen Realisierung des Vorhabens.

Andernfalls bitte wir Sie die nachfolgend aufgeführten Sachverhalte zu beachten:

+ Jeglicher (zeitweilige oder dauerhafte) Inanspruchnahme von BVVG- Flächen wird, soweit nicht durch bestehende Verträge/Rechte bereits vereinbart, nur zugestimmt, wenn dies aus technischen oder anderen objektiven Gründen erforderlich ist und dazu im Vorfeld die entsprechenden vertraglichen Abreden nach den gültigen BVVG- Vertragsmustern (i. d. R. Kaufvertrag oder Gestattungsvertrag mit oder ohne dinglicher Sicherung) zu Stande kommen.

+ Die BVVG geht davon aus, dass eine rechtzeitige flurstücks- und flächenkonkrete Antragstellung, soweit hier überhaupt erforderlich, zum Abschluss von Verträgen seitens des Maßnahmeträgers oder eines bevollmächtigten Dienstleistungsunternehmens erfolgen wird.

+ Alle Flächen, die im Zuge der Maßnahme dauerhaft in Anspruch genommen werden und deren anderweitige zukünftige Nutzung dadurch ganz oder teilweise ausgeschlossen ist, sind von der BVVG zum jeweiligen Verkehrswert und nach den gültigen Vermarktungswegen anzukaufen. Das gilt auch für Flächen, die im Zuge ggf. erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen in Anspruch genommen werden sollen oder für solche reserviert werden müssen.

+ Die BVVG geht davon aus, dass nach der Realisierung der geplanten Maßnahmen keine Veränderungen an dem betroffenen BVVG- Vermögensgegenstand eintreten werden, die dessen Wert bezüglich Nutzung und Verwertung negativ beeinträchtigen. Sollten solche Veränderungen gegenüber dem Zustand des Vermögensgegenstandes zum Zeitpunkt des Beginns der geplanten Maßnahme dennoch eintreten, geht die BVVG von einer Entschädigung im vollen Umfang des eingetretenen Wertverlustes aus bzw. behält sich das Recht zur Geltendmachung solcher Ansprüche ausdrücklich vor.

+ Jegliche Flächeninanspruchnahme ist mit der BVVG und den jeweiligen Nutzern/Pächtern gesondert vertraglich zu regeln und an diese ggf. entsprechend gesondert zu entgelten. Die BVVG stellt auf Anfrage die entsprechenden Informationen über Nutzer und Pächter zur Verfügung.

Beschlussvorschlag:

*Die im Rahmen der TöB-Beteiligung getroffene Feststellung, Ausführungen und Hinweise der **BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH** werden im Rahmen der Planung der Satzung zur Kenntnis genommen.*

Begründung zum Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Schönbeck nimmt die Feststellung der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, dass keine BVVG-Vermögenswerte betroffen sind von der gemeindlichen Planung, zur Kenntnis.

+ Soweit im Zuge der Realisierung der Maßnahmen ein Territorium betroffen ist, in dem ein Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz läuft, ist die zuständige Flurneuordnungsbehörde am Planungs- und Realisierungsverfahren zu beteiligen.

+ Die Vergewisserungspflicht über ggf. andere, parallel und/oder konkurrierende dingliche Rechte an den betroffenen Grundstücken, insbesondere solcher nach § 9 GBBerG, liegt beim Maßnahmeträger bzw. von ihm bevollmächtigter Dritter.

+ Die Abgabe dieser Stellungnahme führt nicht zur Beendigung oder Einstellung laufender Privatisierungsvorhaben im Rahmen unseres dazu bestehenden gesetzlichen Auftrages. Dies kann u. U. den zukünftigen Wechsel der jeweils am Planungsverfahren oder den später zu realisierenden Maßnahmen zu beteiligenden Eigentümer nach sich ziehen.

Freundliche Grüße
Dirk Greifenstein

Dirk Greifenstein
Gruppenleiter
BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
Landesniederlassung Mecklenburg-Vorpommern
Werner-von-Siemens-Straße 4
19061 Schwerin
Tel.: +49 385 6434-240
Fax: +49 385 6434-133

www.bvvg.de

Geschäftsführung:
Martin Kern, Thomas Windmüller
stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrates: Ministerialdirektorin Dr. Katharina Böttcher
Sitz der Gesellschaft: Berlin
Handelsregister: Amtsgericht Charlottenburg HRB 43990
USt-ID: DE 151744803
Berufskammer: IHK Berlin

Die Datenschutz-Informationen der BVVG finden Sie unter: www.bvvg.de/datenschutz-informationen

Ein weitergehender Ergänzungsbedarf zum Untersuchungsumfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung ergibt sich nicht

**Amt für
Raumordnung und Landesplanung
Mecklenburgische Seenplatte**



Amt für Raumordnung und Landesplanung · Neustrelitzer Straße 121 · 17033 Neubrandenburg

Amt Woldegk
Karl-Liebknecht-Platz 1
17348 Woldegk

per E-Mail: D.Nebe@amt-woldegk.de

Bearbeiter: Frau Slowikow

Telefon: (0395) 777 551-106
E-Mail: julia.slowikow@afirms.mv-regierung.de

ROK-Reg.-Nr.: 4_042/21

Datum: 13.08.2021

Landesplanerische Stellungnahme zur Klarstellungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Schönbeck der Gemeinde Schönbeck, Landkreis Mecklenburgische Seenplatte

Hier: *Planungsanzeige* gemäß Landesplanungsgesetz vom 05.05.1998 (GVOBl. M-V S. 503), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetzes – BüGembe- teilG M-V v. 18. Mai 2016 (GVOBl. M-V S. 258) sowie Erlass des Ministeriums für Energie, In- frastruktur und Digitalisierung M-V (Anzeigeerlass) v. 22. Januar 2020 (Amtsblatt M-V S. 51) und *Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange* gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Die angezeigten Planungsabsichten werden beurteilt nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung gemäß dem Landesplanungsgesetz Mecklenburg-Vorpom- mern (LPIG M-V), dem Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (LEP M- V) vom 27.05.2016 sowie dem Regionalen Raumentwicklungsprogramm Mecklenburgische Seenplatte (RREP MS) vom 15.06.2011.

Folgende Unterlagen haben vorgelegen:

- Planungsanzeige der Gemeinde Schönbeck über Planungsbüro Trautmann mit Schreiben vom 06.08.2021
- Begründung zur Klarstellungs- und Abrundungssatzung OT Schönbeck, Stand: Juni 2021
- Planzeichnung zur Klarstellungs- und Abrundungssatzung OT Schönbeck, Stand: Juni 2021
- Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung, Stand: Juni 2021

1. Planungsziel /-anlass:

Die Gemeinde Schönbeck beabsichtigt im Ortsteil Schönbeck die Aufstellung einer Klarstellungs- und Abrundungssatzung. Diese dient einerseits zur Klarstellung des Innenbereichs und anderer- seits der Einbeziehung von sechs Außenbereichsflächen in den Innenbereich zur Schaffung pla- nungsrechtlicher Voraussetzungen für die Ausweisung von Wohnbauflächen. Anlass der Planung ist die Nachfrage nach Wohnbauland in der Gemeinde, die derzeit nicht be- dient werden kann.

Hausanschrift:
Neustrelitzer Straße 121
17033 Neubrandenburg

Telefon: 0395 777551-100
E-Mail: poststelle@afirms.mv-regierung.de

2. Im Ergebnis der Prüfung wird Folgendes festgestellt:

2.1 Für die landesplanerische Beurteilung sind folgende raumordnerische Erfordernisse von Be- lang:

Gemäß Programmsatz 4.2(2) LEP M-V ist in Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion die Aus- weisung neuer Wohnbauflächen auf den Eigenbedarf zu beschränken. (Ziel der Raumordnung)

Gemäß Programmsatz 4.1(5) LEP M-V sind die Innenentwicklungspotenziale sowie Möglichkei- ten der Nachverdichtung vorrangig zu nutzen.

Gemäß Programmsatz 4.1(7) LEP M-V sollen Städte und Dörfer in ihrer Funktion, Struktur und Gestalt erhalten und behutsam weiterentwickelt werden. Dabei haben sich Städtebau und Archi- tektur den landschaftstypischen Siedlungsformen, dem Ortsbild, der Landschaft, den historischen und regionalen Gegebenheiten anzupassen.

Auch gemäß Programmsatz 4.1(2) RREP MS ist der Nutzung erschlossener Standortreserven, der Umnutzung, Erneuerung und Verdichtung bebauter Gebiete in der Regel Vorrang vor der Ausweisung neuer Siedlungsflächen einzuräumen.

Zudem besagt Programmsatz 4.1(3) Satz 3 RREP MS, dass bei der Zuordnung unterschiedli- cher Raumnutzungsansprüche störende Immissionen vermieden werden sollen.

2.2 Die raumordnerische Bewertung des Vorhabens führt zu folgendem Ergebnis:

Die Gemeinde Schönbeck verfügt über keinen Flächennutzungsplan. Im RREP MS sind ihr keine zentralörtlichen Funktionen zugewiesen. Folglich ist die Ausweisung von Wohnbauflächen gem. 4.2(2) LEP M-V auf den Eigenbedarf der Gemeinde auszurichten. Das bedeutet, das Wohnbau- flächenpotenzial ist prioritär auf den Bedarf der zu erwartenden Nachfrage nach Wohnbauflächen aus der Gemeinde selbst heraus im Sinne einer organischen Siedlungsentwicklung und nur zu einem untergeordneten Teil durch Zuzug von außen auszurichten.

Die Klarstellungs- und Abrundungssatzung sieht vor, sechs über den Gemeindehauptort Schön- beck verteilte Flächen in den Innenbereich einzubeziehen. Insgesamt handelt es sich dabei um ca. 2 ha potenzielle Wohnbauflächen, auf denen ca. 17 Eigenheime entstehen können. Die Einwohnerentwicklung der Gemeinde ist seit 2013 stetig positiv, wobei dies hauptsächlich auf einen Wanderungsgewinn zurückzuführen ist. Der Eigenbedarf richtet sich jedoch grundsätzlich auf den Bedarf der gemeindeeigenen Bevölkerung und nur zu einem untergeordneten Teil auf den Bedarf durch Zuzug von außen.

Vor dem Hintergrund einer nachhaltigen und flächensparenden Siedlungsentwicklung sind die Innenentwicklungspotenziale vorrangig auszuschöpfen (4.1(5) LEP M-V i.V.m. 4.1(2) RREP MS). Um dies raumordnerisch beurteilen zu können, ist eine Auseinandersetzung seitens der planen- den Gemeinde mit den insgesamt potentiell verfügbaren Wohnbauflächen in der Gemeinde not- wendig. Zudem ist die Erschließung von potentiell in den Innenbereich einzubeziehenden Außen- bereichsflächen Voraussetzung für diese Einbeziehung. Hierzu fehlen in der Begründung jedoch qualifizierte Aussagen zu den einzelnen Teilbereichsflächen, insbesondere bei der Teilbereichs- fläche 6 erscheint die versorgungstechnische und verkehrliche Erschließung fragwürdig. Bei Teil- bereichsfläche 5 ist im Rahmen der Planung auch eine immissionsschutzrechtliche Betrachtung angeraten, da hier Wohnbauflächen in unmittelbarer Nähe zu gewerblichen Flächen ausgewiesen werden sollen (4.1(3) Satz 3 RREP MS).

3. Zwischenbescheid:

Die angezeigten Planungsunterlagen sind in der vorliegenden Form nicht prüffähig. Für die landesplanerische Prüfung der Vereinbarkeit sowohl mit Programmsatz 4.2(2) LEP M-V als auch mit 4.1(5) LEP M-V sind die angezeigten Planungsunterlagen um eine Darstellung der Einwohnerentwicklung und der Nachfrage sowie um den Nachweis der insgesamt in der Gemeinde verfügbaren potenziellen Wohnbauflächen zu ergänzen.

Die Gemeinde Schönbeck hat sich dabei mit der städtebaulichen Frage auseinanderzusetzen, ob sie für den ihr zustehenden Eigenbedarf ggf. ausreichend Wohnbauflächenpotenzial innerhalb ihrer Ortslagen hat oder tatsächlich auf die Einbeziehung von Außenbereichsflächen in den Innenbereich des Gemeindehauptortes Schönbeck angewiesen ist. Zudem ist in der Begründung detaillierter auf die Erschließung der Teilbereichsflächen und den Immissionsschutz einzugehen.



Christoph von Kaufmann
Leiter

Nachrichtlich per E-Mail:

- Landkreis MSE, Regionalstandort Waren (Müritz), Bauamt, Sachgebiet Kreisplanung
- Ministerium für Energie, Infrastruktur u. Digitalisierung M-V, Referat 360

Die Gemeinde hat, wie die geforderten die potenziellen Wohnbauflächen im gesamten Gemeindegebiet untersucht und dem Bedarf, der sich auf den Eigenbedarf beschränkt, gegenüberstellt. Im Ergebnis kann festgelegt werden, wie viele Standorte in Schönbeck benötigt werden.